

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



„Sozialstaat Österreich“ – hingehen, unterschreiben!

Unsere Sozialstaat ist ein wichtiger Grundpfeiler für Wohlstand und soziale Sicherheit. Die staatliche Vorsorge im Fall eines Unfalls, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter ist das Fundament unseres Sozialsystems.

Seit die schwarz-blaue Bundesregierung an der Macht ist, ist das soziale Klima in Österreich spürbar kälter geworden. Deshalb haben sozial engagierte Personen aus allen politischen Lagern ein Volksbegehren initiiert, dessen Ziel die Verankerung der Sozialstaatlichkeit Österreichs in der Verfassung ist. Dem Personenkomitee gehören u. a. Johanna Dohnal, Christine Gubitzer, Gertraud Knoll, Stephan Schulmeister, Emmerich Talos und Werner Vogt an.

Die traurige Zwischenbilanz nach zwei Jahren „Wenderegierung“



Die SPÖ unterstützt das Sozialstaat-Volksbegehren

macht den Sozialabbau deutlich: Ambulanzgebühren, Selbstbehalte und Besteuerung der Kranken. Gegen die Rekordarbeitslosigkeit wird kaum etwas unternommen.

Statt durch Investitionen die Wirtschaft anzukurbeln, schöpft die Regierung Milliarden aus der Arbeitslosenversicherung zur Budgetsanierung ab. Mit den Studiengebühren werden junge Menschen aus weniger begüterten Familien vom Studium ferngehalten. Die Pensionsanpassung wurde weit unter der Inflationsrate durchgepeitscht.

All dies zeigt, dass es höchste Zeit ist, ein deutliches Zeichen gegen die Demontage des Sozial-

staates zu setzen. Darum unterstützt die SPÖ das überparteiliche Sozialstaat-Volksbegehren. Aber auch die Tatsache, dass Österreich

neben Großbritannien das einzige EU-Land ist, das die Sozialstaatlichkeit nicht verfassungsmäßig verankert hat, zeigt unseren Nachholbedarf. Gerade jetzt, weil statt des früheren Konsenses von staatstragenden Parteien und Sozialpartnern die schwarz-blaue Regierung die Möglichkeit besitzt, Sozialgesetze mit einfacher Mehrheit abzubauen oder gar abzuschaffen. Das Volksbegehren „Sozialstaat Österreich“ liegt vom 3. bis 10. April 2002 in den Eintragungslokalen zur Unterzeichnung auf. Auskunft über die Wahllokale bekommen Sie am Hausanschlag oder im Gemeindeamt. Eine starke Beteiligung kann der Regierung klar machen, wie wichtig den Menschen unser Modell Sozialstaat ist.

5. Mai: Mauthausen

Die Internationale Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen findet heuer am Sonntag, dem 5. Mai 2002 statt. Die Gedenksprachen werden Wiens Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Weihbischof Dr. Maximilian Aichern halten.

„Rassistische FPÖ“ zulässig

Der Oberste Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat ein Urteil des österreichischen Obersten Gerichtshofes korrigiert.

Zum Unterschied von den Urteilen in einem von Jörg Haider angestregten, durch alle Instanzen laufenden Prozess konstatierte Straßburg, dass das „Tatblatt“, die Zeitschrift der „Autonomen“, die FPÖ im Zusammenhang mit dem von dieser 1993 insze-

nierten Ausländer-Volksbegehren mit Recht der „rassistischen Hetze“ bezichtigen konnte.

Dies sei angesichts der speziellen politischen Situation ein zulässiger, wenn auch polemischer, Kommentar gewesen, der nicht als grundlose persönliche Beleidigung zu werten sei. Die Republik muss nun dem „Tatblatt“ sämtliche Verfahrenskosten – rund 16.800 Euro – ersetzen.

In memoriam Anton Benya 1912–2001



Foto: ÖGB

Auf Erfolgskurs: Kreisky, Benya (rechts: Probst)

Am 5. Dezember 2001 ist ein großer Österreicher, ein langjähriges Mitglied unseres Bundes und ein Kämpfer für Frieden und Freiheit in schwerer Zeit, gestorben. Das Leben des Genossen Benya wurde ausführlich in Reden und Artikeln gewürdigt.

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil stellte in einem Nachruf Anton Benya in eine Reihe mit den großen Baumeistern der Zweiten Republik, mit Leopold Figl, Adolf Schärff, Johann Böhm, Julius Raab, Rudolf Sallinger und Bruno Kreisky. Alle diese Persönlichkeiten und viele andere mehr, stellte der Bundespräsident fest, haben auf Dogmen verzichtet, wuchsen über ihre eigenen Lager hinaus und wagten den großen Sprung über ideologische und konfessionelle Schatten.

Dr. Klestil hat Recht. Anton Benya war ein Mensch mit Grundsätzen und großem Verständnis für die Sorgen und Nöte der „kleinen Leute“.

Trotz hoher Funktionen – er war Präsident des Nationalrates, Präsident des Gewerkschaftsbundes – hat er nie den Boden unter den Füßen verloren. Immer wieder erinnerte er an die schwierige Lage der Arbeitnehmer in der

Ersten Republik; an die Zeit, in der es in Österreich mehr als fünfhunderttausend Arbeitslose gab. Auch Anton Benya gehörte dazu.

Sehr früh schloss er sich der Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei an. Für seine aufrechte Gesinnung war er zwischen 1934 und 1938 zweimal im Gefängnis.

Er wurde nach 1945 Betriebsrat und war ab 1948 hauptberuflich im ÖGB tätig. Im Jahre 1963 wurde er zum Präsidenten des ÖGB gewählt und von 1971 bis 1986 war er der Erste Präsident des Nationalrates. In all diesen Funktionen blieb er der bescheidene Toni Benya. Nicht unerwähnt soll die erfolgreiche Zusammenarbeit und die Freundschaft mit Bruno Kreisky bleiben.

Obwohl es vor der Wahl Kreiskys zum Parteivorsitzenden unterschiedliche Auffassungen gegeben hatte, Kreisky zum Vorsitzenden der SPÖ zu wählen, entstand nach der Wahl aufrichtige Freundschaft.

Anton Benya war ein großer Österreicher, ein Mensch mit Herz und Verstand. Wir werden uns gerne an ihn erinnern. Sein Wirken für Österreich und seine Menschen bleibt unvergessen.

Alfred Ströer

Nicht demokratiefähig

Die letzten Monate haben einmal mehr bewiesen, dass Jörg Haider und mit ihm seine FPÖ, die alle Eskapaden des seit zwei Jahren „einfachen Parteimitglieds“ mitmacht oder entschuldigt, das ist, was SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer treffend mit zwei Worten charakterisiert hat: „nicht demokratiefähig“. Die Kritiker Haiders wissen das seit Jahren, seit seinen Büchern über die von ihm erträumte „Dritte Republik“ und die Freiheit, wie er sie meint, seit seinen Sprüchen über die Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs und über die ehemaligen SS-Männer, die ihrer Haltung die Treue bewahrt haben, bis hin zu den antisemitischen Ausfällen des vorjährigen Aschermittwoch.

Heuer war wieder Aschermittwoch, und in seiner Bierhallenrede gab er seiner Weigerung, einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes – als auf die Verfassung vereidigter Landeshauptmann! – nicht zu folgen, eine Draufgabe, die er und seine Anhänger vielleicht spaßig finden mögen, die aber mit der Beleidigung des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs auch tief sitzenden Ausländerhass offenbart. Und wie stets verfolgt Haider auch hier die von alters her

geübte Methode: Der Bruch der Verfassung wird zwar angekündigt, dann zieht er sich wieder zurück. So wird die Demokratie in Frage gestellt. Dazu passt es nur, dass der Kärntner Landeshauptmann als „Privatmann“ zu einem der schlimmsten Diktatoren reist, dass er Saddam Hussein die Hand schüttelt und ihm die Grüße des österreichischen Volkes „überbringt“.

Die Spitze aber ist, dass er sich weigert, über die Hintergründe dieser Reise vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags auszusagen – deutlicher kann man das gestörte Verhältnis zur Demokratie kaum zeigen als damit, dass dem gewählten Gremium so offenkundig Verachtung gezeigt wird. Und zudem erhebt sich nun die Frage: Was verbirgt sich hinter dieser „Privatreise“ Haiders, dass die FPÖ die Untersuchung mit allen Mitteln verhindern will? Die FPÖ macht Haider die Mauer, und Bundeskanzler Schüssel, einst angetreten, Haider zu zähmen, verharmlost die von diesem permanent versuchte Aushöhlung der Demokratie. Selbst der „Krone“ ist das jetzt zu viel geworden. Je früher diese Regierung abtritt, desto besser ist das für die Demokratie Österreichs. ■

Zeitzeugen-Projekt Mauthausen

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und das Institut für Konfliktforschung suchen Männer und Frauen, die im Konzentrationslager Mauthausen und/oder seinen Nebenlagern inhaftiert waren und bereit sind, ihre Lebensgeschichte zu erzählen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres sollen

weltweit die Lebensgeschichten von rund 800 Überlebenden des KZ Mauthausen aufgezeichnet und so den nachfolgenden Generationen weitergegeben werden. Mitglieder des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, die dazu bereit sind, bitte im Sekretariat bei Genossin Krusch, Tel.: 01/534 27-277, melden. Auskünfte auch im DÖW.

Die Wannsee-Konferenz

Vor sechzig Jahren, am 20. Jänner 1942, fand in Berlin die berühmte Wannsee-Konferenz statt, auf der die Auslöschung des europäischen Judentums – im Nazi-Jargon zynisch „Endlösung der Judenfrage“ genannt – beschlossen wurde. An der Besprechung in der Villa, die im Eigentum der SS-Stiftung „Nordhav“ stand, nahmen unter Vorsitz des SS-Führers Reinhard Heydrich 14 Spitzenvertreter der SS und auch der Ministerialbürokratie teil. Das Ergebnis der Wannsee-Konferenz ist hinlänglich bekannt. Es sind genug Unterlagen erhalten geblieben, die den Satz „Den Holocaust hat es nie gegeben“ Lügen strafen.

Heute ist das Haus der Wannsee-Konferenz eine Gedenk- und Bildungsstätte. Der Besuch der Dauerausstellung ist sehr zu empfehlen. Die ständige Ausstellung dokumentiert nicht nur die Konferenz, sondern auch die Vorgeschichte ab 1933 und die Folgen bis 1945. Sie gibt eine Grundinformation über den gesamten Prozess der Ausgrenzung, Verfolgung, Verschleppung und Ermordung der Juden Europas. Ein eigenes Raumkapitel behandelt die Geschichte

des Hauses. Bei den verwendeten Fotos handelt es sich fast ausnahmslos um damals unveröffentlichte Aufnahmen aus amtlichen sowie wenigen privaten deutschen Quellen. Nur die Selbstbehauptung der deutschen Juden nach 1933 wurde von jüdischen Pressefotografen, die Befreiung der Lager 1945 von Kameraleuten der Alliierten dokumentiert.

Die pädagogische Abteilung bietet Jugend- und Erwachsenengruppen Studientage oder mehrtägige Seminare zur schulischen und außerschulischen politischen Bildung an. Die umfangreiche Mediothek enthält wissenschaftliche Standardliteratur, Belletristik und Augenzeugenberichte zur Geschichte des Nationalsozialismus, Fachliteratur über jüdische Geschichte, Antisemitismus, Rassismus und Neozionismus sowie ein Bild- und Tonarchiv mit Filmen und Videos.



Transport in den Tod in der Gaskammer

Auch eine Gesamtdarstellung aus der Feder eines britischen Historikers ist jüngst erschienen: Mark Roseman, „Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte“, Propyläen-Verlag, Berlin.

In Wien wurde in der Volkshochschule Hietzing am 18. Februar von Dr. Norbert Kampe, dem Leiter der Gedenkstätte, eine für Österreich adaptierte Ausstellung eröffnet. Sie kann noch bis

zum 20. März besichtigt werden.

Am 7. Mai 2002 um 19 Uhr wird die Wannsee-Ausstellung im Karl-Czernetz-Bildungszentrum, Praterstraße 35, eröffnet. Einleitend spricht Rudi Gelbard über die Beschlüsse zur Vorbereitung des Massenmords an den europäischen Juden. Die Ausstellung wurde von der Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellt.

Gerald Netzl



Foto: Verain I. Gesch. d. Arbeiterbewegung Wien

Käthe Leichter, 1895–1942

Heuer jährt sich zum 60. Mal der Tod von Käthe Leichter. Sie war eine unter tausenden Opfern der so genannten „Invalidenaktion“ der Nazis, bei der vor allem jüdische Häftlinge aus den Konzentrationslagern ausgesondert und in den „Tötungsanstalten“ Bernburg, Sonnenstein und Hartheim vergast wurden.

Rosa Joçhmann, die mit Käthe Leichter im Konzentrationslager Ravensbrück interniert war, hat über den Abtransport der von allen geliebten Käthe ergreifend berichtet. Käthe Leichter, 1895 in Wien geboren, Doktor der Staatswissenschaft, Frauenreferentin der Wiener Arbeiterkammer, war eine der großen Frauengestalten der so-

zialdemokratischen Bewegung vor 1934.

Die Zerstörung der Demokratie drängte sie in die Illegalität, zu den Revolutionären Sozialisten. 1938 gelang ihr nicht, wie ihrem Mann Otto und den beiden Söhnen, die Flucht ins Ausland. Die Nazis steckten sie ins KZ; sie starb im März 1942 im Gas der Anstalt Bernburg. ■



Alexander Giese:

KARL MÜNICHREITER

*Fünfundvierzig Jahre,
Schubmacher
Und Vater von drei Kindern.
Sie hatten ihn in den Gerichtssaal
gebracht, auf einer Bahre,
Denn geben konnte der Mann
nicht mehr.
Zwei schwere Verwundungen
machten ihn reif für die Justiz.
Eine Stunde brauchten sie,
Ihn zum Tode zu verurteilen.
Denn er hatte für Frau und Kind,
Für die Freiheit gekämpft.*

*Die Richter waren schnell
und ihr Urteil schon fertig.
Doch drei Stunden brauchte es,
Bis der Henker bereit war,
Der Henker im schwarzen Anzug.*

*Im bürgerlichen Zylinder,
Mit Handschuben angetan, die
(als wertvolle Kuriosa)
Noch nach Jahren von lüsternen
Bestien
Hoch bezahlt werden sollten.*

*Der Richter,
Der Henker bereit.
Der Gerichtsarzt zur Stelle.
Und der Priester, der wusste,
dass ein Opfer gemordet wird.*

*Man verliert noch einmal
das Urteil.
Als ob er's nicht wüsste, als ob
die Worte was sagten, was sein
Herz, sein Hirn nicht schon
lang und tief wissen – den Tod.
Was zuckt Dir im Herzen,
Münichreiter?
Was zuckt um den Mund,
in dieser Stunde der Schmach?*

*Er rief: Es lebe
die Sozialdemokratie!
Er rief: Freiheit!*

*In der Zeitung schrieben sie dann:
„... er spie noch
marxistische Phrasen.“*

*Die Henkersknechte balten
den Mann,
Er zittert nicht,
Aber die Wunden bluten.
Nun ziehen die Leiter sie weg,
Die Füße baumeln
Unter ihm,
Er stirbt.*

*Münichreiter, Schubmacher
und Vater von drei Kindern,
Der nichts verbrochen,
Der für die Freiheit gekämpft
und für die Demokratie,
(Die uns ein Geschenk ist).
Münichreiter stirbt.
Er stirbt sieben Minuten
und eine halbe.
Der Strang würgt.
Sieben Minuten –:
Nein, keine Bilder mehr
Aus der Jugend,
Und keine von Freunden,
Keine Hoffnung auf Sieg und kein
Glauben an eine persönliche
Zukunft.
Nur der Strang würgt.*

*Münichreiter hat alles gesagt:
„Es lebe die Sozialdemokratie.
Freiheit.“*

*Der Gerichtsarzt stellt fest,
Nach siebeneinhalb Minuten:
Münichreiter ist tot.*

Aus: „Signale“,
Verlag d.

Wf. Volksbuchhandlung

Februar 1934

In einer Reihe von Bundesländern fanden auch heuer wieder Gedenkfeiern der SPÖ und der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer für die Opfer des 12. Februar 1934 statt.

wendig ist, denn Gedenken hat nur Sinn, wenn auch die Lehren für die Gegenwart gezogen werden.“ Häupl unterzog in der Folge die schwarz-blaue Politik einer scharfen Kritik. Sie werde



Michael Häupl: „Gedenken heißt Lehren für die Gegenwart ziehen! VP nicht aus Verantwortung für Haider entlassen!“

In den nachstehenden Beiträgen konnten nur die bei uns eingelangten Berichte berücksichtigt werden.

In Wien wurden in mehreren Bezirken Gedenkkundgebungen veranstaltet. Vor dem Heinrich-Steinitz-Hof in Hietzing war Wiens SPÖ-Vorsitzender Bürgermeister Michael Häupl der Hauptredner. Er nannte die Februarkämpfer die „wahren Helden“, denn sie haben gegen den Anschlag auf Freiheit und Demokratie und für die arbeitenden Menschen gekämpft. Dann kam er auf die gegenwärtige Politik in Österreich zu sprechen.

„Auch wenn dies vielleicht manche unpassend finden – ich meine, dass dies geradezu not-

gekennzeichnet durch die ständigen Versuche Jörg Haiders, die Säulen der Demokratie auszuhöhlen. Aber auch die ÖVP – schließlich historisch eine Nachfolgerin der Partei, die Österreich in die austrofaschistische Diktatur geführt hat – könne nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Hat doch ihr Vorsitzender Schüssel in seinem Drang zum Kanzlersessel die FPÖ durch Aufnahme in die Regierung salonfähig gemacht.

Unser Vorstandsmitglied Alfred Kohlbacher erinnerte in seiner Rede daran, dass Hietzing Schauplatz der Februar-Kämpfe war und dass der Hietzinger Schutzbundführer Karl Münichreiter, dabei verwundet, auf der



– und die Lehren für heute

Bahre zum Galgen geschleppt wurde.

Heinrich Steinitz, nach dem der Gemeindebau in der Auhofstraße benannt wurde, hat als Anwalt die verhafteten Schutzbündler mit großem persönlichen Mut verteidigt. Bereits am 14. März 1938 wurde er dann von der Gestapo verhaftet und schließlich 1942 ein Opfer der „Endlösung“.

Die Freiheitskämpfer des 12. Wiener Gemeindebezirks Meidling legten am 12. Februar auf dem Meidlinger Friedhof für die Februaropfer Kränze nieder. Ihr Vorsitzender, der langjährige frühere Bezirksvorsteher Kurt Neiger, erinnerte mit mahnenden Worten an die Geschichte und forderte, daraus politische Lehren zu ziehen: „Gerade diese ÖVP-FPÖ-Regierung ist, nach zwei Jahren, der beste Beweis dafür, dass ein als ‚Reform und Fortschritt‘ bezeichneter Weg geradewegs zurück, in die alte Auseinandersetzung, führt.“

Gerechtigkeit für alle muss der gelebte Anspruch für Demokraten und Sozialisten, für Sozialdemokraten, sein und blei-



Auch viel Jugend sah man bei der Gedenkfeier in Hietzing

ben.“ In Meidling fanden im Jahr 1934 Kämpfe im Fuchsenfeld, um den Reismannhof und um Liebknecht-, Indianer-, Glöckel- und Bebelhof statt. Erst nach

zwei Tagen wurde der Widerstand von der Übermacht gebrochen. Auch auf dem Reumannplatz im Bezirk Favoriten und in der Brigittenau wurden

Februar-Gedenkfeiern veranstaltet. Auf dem Wiener Zentralfriedhof wurde der Opfer mit einer feierlichen Kranzniederlegung gedacht. ■



Anlässlich des Gedenkens an die Opfer des 12. Februar 1934 in Österreich hat der Landesvorstand der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer am Mahnmal für die Opfer für ein freies Österreich in Klagenfurt ein stilles Gedenken durchgeführt. Mahnende Worte sprach LAbg. Dr. Peter Kaiser (li.)

in Anwesenheit von Obmann Präs. Hans Pawlik sowie des gf. Vorsitzenden Prof. Vinzenz Jobst (Mitte).

Das Mahnmal in Klagenfurt-Annabichl wurde vom Künstler Valentin Oman geschaffen und soll in den kommenden Jahren durch einen Opfer-Namensteil ergänzt sowie renoviert werden.

„Wehret den Anfängen!“

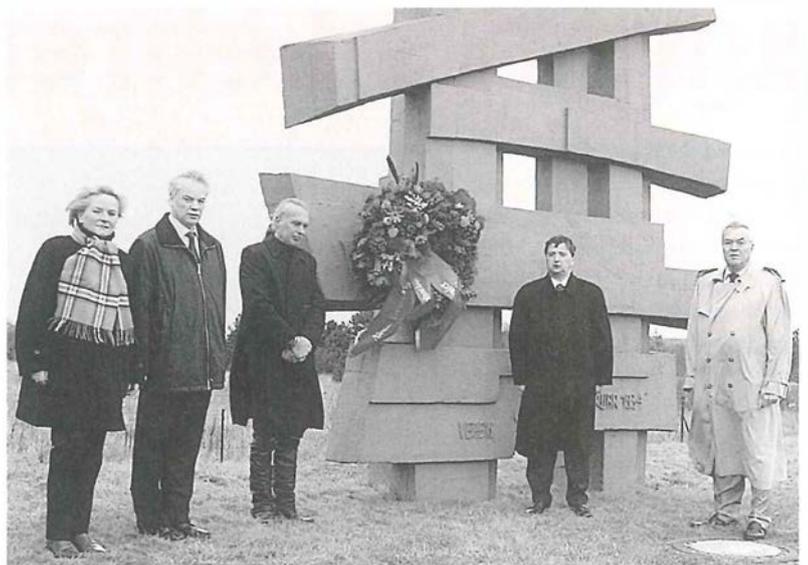
Die SPÖ-Bezirksorganisation Wiener Neustadt und die Bezirksorganisation der Freiheitskämpfer veranstalteten die Gedenkfeier für die Ereignisse des 12. Februar 1934 beim Mahnmal in Wöllersdorf. Anwesend war die gesamte sozialdemokratische Politprominenz des Bezirks mit SPÖ-Bezirksvorsitzendem Nationalratsabgeordnetem Peter Wittmann und SPÖ-Stadtvorsitzender Bürgermeisterin Traude Dierdorf an der Spitze. In seiner Rede hob der Bezirksvorsitzende der Freiheitskämpfer Dr. Johann Stippel hervor, dass die sozialdemokratischen Kämpfer des 12. Februar 1934 für die Demokratie auf die Barrikaden gestiegen sind. Die Zerstörer der Demokratie, die austrofaschistischen Machthaber, haben sie besiegt, eingekerkert und zum Teil sogar liquidiert. Stippel stellte sich weiter der historischen Unwahrheit entgegen, das Anhaltelager Wöllersdorf sei eine Folge des 12. Februar gewesen. Tatsächlich wurde es von Dollfuß bereits 1933 nach Ausschaltung des Parlaments er-

richtet. Und schließlich verwies der Redner auf eine besorgniserregende Parallele: Eine der ersten Maßnahmen von Engelbert Dollfuß nach der Ausschaltung des Parlaments war die Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes – eine heute sehr aktuelle Frage, gibt es doch Politiker in Österreich, die ähnlich denken.

In St. Pölten legte eine starke Abordnung der Freiheitskämpfer auf dem Hauptfriedhof am Grab der hingerichteten Schutzbündler Viktor Rauchenberger und Johann Hois einen Kranz nieder. Der Vorsitzende der Freiheitskämpfer NÖ, Karl Gruber, erinnerte in seiner Gedenkrede an den heldenhaften Widerstand der Schutzbündler gegen Heimwehr und Dollfuß-Exekutive. Weiters gedachte er auch der Rechtsanwälte Dr. Julius Fischer und Dr. Egelseer, die Rauchenberger und Hois bei Gericht vertreten

hatten. Auch danach noch hat Dr. Julius Fischer viele Schutzbündler verteidigt. Er war aber auch seit 1919 Finanzstadtrat und seit Oktober 1926 sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter der SPÖ St. Pölten. Am 19. April 1934 wurde er um 5.45 in der Früh in seiner Wohnung verhaftet und in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht. Fischer konnte mit seiner Frau im Mai 1939 nach Paris und von dort

nach Amerika ausreisen; er starb im Jahr 1943. Weitere Gedenkfeiern zum 12. Februar wurden uns aus Oberösterreich und aus Tirol gemeldet. In Linz erfolgten Kranzniederlegungen im Hof Landstraße 36 (der Parteizentrale der SPÖ Oberösterreich), beim Mahnmal Waldfriedhof St. Martin und beim Bulgari-Denkmal. In Innsbruck fand die Februar-Veranstaltung beim Gedenkstein Reichenau statt. ■



Wiener Neustädter Februargedenken beim Wöllersdorf-Mahnmal



Die St. Pöltner Sozialdemokraten mit dem Kranz für Hois und Rauchenberger

Zehntes Josef-Hindels-Symposium

Im Jahre 1993 wurde vom Landesverband Wien der Sozialistischen Freiheitskämpfer und der Wiener SPÖ-Bildungsorganisation das erste Symposium im Karl-Czernetz-Bildungszentrum abgehalten. Seither hat eine Reihe von Symposien stattgefunden, die das Ziel verfolgten, im Sinne Josef Hindels', der in der zweiten Republik eine große Rolle in der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, aber auch in den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen sowie in der antifaschistischen Aufklärung spielte, historische grundsätzliche und aktuelle Themenbereiche zu behandeln.

Das zehnte Josef-Hindels-Symposium fand am 25. und 26. Jänner statt und es war vor allem dem Thema „Globalisierung und internationale Entwicklungszusammenarbeit“ gewidmet.

Darüber referierten in einem Podiumsgespräch die Entwicklungspolitische Sprecherin NAbg. Inge Jäger, der Präsident des internationalen Instituts für den Frie-

den, BM a. D. Erwin Lanc, und Dr. Herbert Berger, Vorsitzender des Vereins für internationale Solidarität und Entwicklungsarbeit. Die Moderation hatte Lothar Fischmann von der Themeninitiative „Wien International“ übernommen.

Die Eröffnung des Symposiums wurde vom Bildungsvorsitzenden der SPÖ Wien, Gemeinderat Ernst Woller vorgenommen. Im Anschluss eröffnete er eine Ausstellung, die unter dem Titel „Exodus“ Fotos von Flüchtlingen, Migranten und Kindern in der Migration des Künstlers Sebastião Salgado zeigt.

Am zweiten Tag präsentierte Landtagsabgeordneter Dr. Michael Ludwig das Buch von Dr. Franz Danimann: „Flüsterwitze und Spottgedichte unter dem Hakenkreuz“, das nun in

zweiter Auflage im Ephelant Verlag erschienen ist.

Daran schloss sich eine Diskussion über den politischen Witz als Waffe im Widerstand gegen das NS-Regime, der unter der Bevölkerung des so genannten Dritten Reiches eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat, an.

Mit dem Autor, Dr. Franz Danimann, diskutierten der Vorsitzende der Wiener Freiheitskämpfer, NR a. D. Ing. Ernst Nedwed, der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Prof. Dr. Wolf-

gang Neugebauer, und der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, NR a. D. Prof. Alfred Ströer.

Kostproben aus dem Arsenal des antifaschistischen Witzes präsentierte Christiane Holler.

Der Landesverband Wien bietet Organisationen der SPÖ sowie Jugend- und Kulturorganisationen an, einen Abend mit Lesung und Information über dieses Thema zur Verfügung zu stellen (Infos unter der Telefonnummer: 01/534 27-277). ■



Thema Globalisierung: Dr. Berger, NR Jäger, L. Fischmann, BM a. D. Lanc

Fotos: W. Wagner, NÖ-Freiheitskämpfer



Ehrung für von Hitler-Justiz ermordete Eisenbahner

Mahnung gegen den Krieg

Im Vorjahr war es sechzig Jahre her, dass Hitlerdeutschland trotz eines Nichtangriffspaktes die Sowjetunion militärisch überfallen und wenige Monate danach auch den Vereinigten Staaten den Krieg erklärt hat. In Erinnerung an diese „Globalisierung“ des Krieges durch Hitler und die 55 Millionen Toten, die das Ergebnis dieser verbrecherischen Politik waren, veranstalteten die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer NÖ am 10. Dezember 2001 eine Demonstration kundgebung gegen Krieg und Fa-

schismus. Landesvorsitzender Karl Gruber erinnerte in seiner Ansprache an den Aufstieg des Nationalsozialismus durch Krise und Arbeitslosigkeit. In das Parlament zog die NSDAP ein, um, wie es ihr Propagandist Goebbels offen sagte, die Demokratie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Die Neutralität und die Sicherheitspolitik Österreichs waren das Hauptthema, das NAbg. Anton Heinzl und der JG-Landesvorsitzende Robert Laimer anschnitten. Österreich werde beim Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa seinen Beitrag leisten, ohne auf seine Neutralität zu verzichten, sagte Heinzl. „Unsere Jugend mit NATO-Helmen unter amerikanischer Befehlsgewalt in Krisenherde auf der ganzen Welt zu schicken ist nicht unser Ziel.“ ■



Sozialistische Jugend Österreichs besucht Auschwitz



Foto: SJ 13

Hietzinger Jungsozialisten studieren Zeitgeschichte vor Ort

Über den endlos sich hinziehenden verschneiten Baracken und Ruinen des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau lastete ein nebelig-trüber Winterhimmel. Es hatte 27 Grad minus. Ein Wetter, das die 28 TeilnehmerInnen an der Studienfahrt erahnen ließ, welche Qualen die Häftlinge während der Wintermonate allein durch die eisige Kälte erleiden mussten. Die Studienfahrt vom 2. bis 6. Jänner 2002 wurde von der Sozialistischen Jugend Österreichs geplant und durchgeführt.

Neben informativen Führungen durch das Stammlager Auschwitz I und das Lager Birkenau, Filmen über Täter, Opfer und Zuseher wurden in sechs Workshops Erkenntnisse über die Entstehung und das Wesen faschistischer Herrschaftssysteme, über Rassismus gestern und heute, über den

NS-Völkermord an Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti sowie BürgerInnen der besetzten „Ostgebiete“, über Sozialdemokratie und Antisemitismus und über den Diskurs um Auschwitz in der Vergangenheit und Gegenwart erarbeitet. Insbesondere im Workshop „Faschismustheorien“ wurden die verschiedenen Erklärungsansätze von Faschismus diskutiert, und es wurde der Frage nachgegangen, welche die gemeinsamen Merkmale der faschistischen Systeme in Italien, Frankreich, Deutschland und Österreich sind. Dabei erwies sich die „Bündnistheorie“ gegenüber allen anderen Theorien als die zutreffendste, um die Entstehung faschistischer Systeme, ihre Ziele und Methoden zu erklären.

Nazifaschistische Herrschaft gründete sich demnach auf ein Bündnis des deutschen Großkapitals, des konservativen

Staatsapparats und des Militärs mit der NSDAP. Gemeinsame Ziele waren die Beseitigung der Gewerkschaften und der Linksparteien, die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie, die Gewinnung von Absatzmärkten und Kapitalanlagen sowie die Inbesitznahme von Rohstoffquellen außerhalb Deutschlands sowie die Eroberung von Kolonien.

Im Rahmen des Workshops „Kollaboration, Verfolgung und Widerstand“ wurden die Länderausstellungen, die in einigen Kasernenblöcken des Stammlagers Auschwitz untergebracht sind, studiert.

Die Ausstellungen zeigen auf sehr unterschiedliche Weise, wie die von der Naziherrschaft betroffenen Länder ihr Verhältnis zu Antisemitismus und Holocaust, zu „eigenen“ faschistischen Bewegungen und zur Kollaboration mit den Nazis, zur Anpassung und zum antifaschistischen Widerstand dokumentieren. Besondere Beachtung fand die Österreich-Ausstellung. Auf sehr schlüssige Weise wird dokumentiert, dass der diktatorische Ständestaat, der politische Antisemitismus der Christlich-Sozialen und die verfehlte Wirtschaftspolitik die Wegbereiter des „Anschlusses“ Österreichs an Nazideutschland und der breiten Unterstützung der Naziherrschaft waren.

Kritisch wurde bemerkt, dass die Ausstellung den hohen Anteil von Österreichern an

NSDAP-Mitgliedern und Nazi-funktionären und an KZ-Kommandanten verschweigt. Ebenso wird auf die „Karrieren“ ehemaliger hochrangiger Nazis im Nachkriegsösterreich nicht eingegangen.

Positiv beurteilt wurde die Darstellung des antifaschistischen Widerstands inklusive des Beitrags österreichischer Interbrigadisten im Kampf gegen den Franco-Faschismus.

Es wurde der Beschluss gefasst, die Inhalte der Ausstellung weiter zu analysieren und Vorschläge für eine Adaptierung der Ausstellung im Lichte neuer Erkenntnisse der Geschichtsforschung zu erarbeiten. Als Funktionär der Freiheitskämpfer war es für mich ein starkes Erlebnis, mit jungen Genossinnen und Genossen an der Studienfahrt teilzunehmen, Beiträge zu den Diskussionen geben zu können und zur Vertiefung des wichtigen Kontakts beizutragen.

Beeindruckt haben mich das große Interesse der Jungen an Zeitgeschichte, das hohe Niveau der bis Mitternacht dauernden Diskussionen und die Bereitschaft aus der Geschichte zu lernen, antifaschistische Bildungsarbeit zu leisten und für den Sozialismus einzutreten.

Dass es dabei nicht nur um Worte, sondern auch um Taten geht, zeigt das Vorhaben der SJ-Hietzing, eine eigene Ausstellung über Auschwitz zu präsentieren

Alfred Kohlbacher

Carl Szokolls „Kampf um Wien“

Carl Szokoll hat seine Lebensgeschichte geschrieben. Es ist eine spannende Geschichte, in der trotz der vielen, oft amüsanten Einschübe aus dem Privatleben ein Teil der Geschichte Österreichs in unserem Jahrhundert niedergelegt wird. Einer Geschichte, in welcher Carl Szokoll, der junge Bundesheerleutnant, der in die Wehrmacht übernommen wurde, der dem „Führer“ in Berlin die Hand drücken durfte, der beeindruckt war von der Korrektheit und Sachkundigkeit der preußischen Offiziere, durch das, was er erlebte, zum Widerständler wurde.

Man hat Szokoll oft gefragt, wann er zum Widerstand gekommen sei. „Ich kann kein Datum sagen“, schreibt er. „Es war ein langer, langer Weg, angefangen vom gehorsamen Sohn eines soldatischen Vaters bis zum nicht mehr einsatzfähigen Oberleutnant mit dem Eisernen Kreuz erster und zweiter Klasse.“ – Bis zum Beginn des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion, als ihn die Befehle, die von der obersten Führung kamen, erkennen ließen, dass Hitlers Krieg sich zu einem Menschheitsverbrechen fern jeder „soldatischen Ehre“ gewandelt hatte, wodurch er sich seines Eides für den Führer entbunden fühlte.

Eine Krankheit brachte ihn in das Generalkommando des Wehrkreises XVII nach Wien zurück, und dort, im Gebäude des einstigen k. u. k. Kriegsministeriums am Stubenring, übernahm er im Sommer 1943 die Aufgabe, für den Wehrkreis eine Bestandsaufnahme für eine Aktion „Walküre“ zu machen. Szokoll begann zu ahnen, dass es sich um die Vorbereitung des Sturzes Hitlers durch Offiziere handeln könnte. Der Stauffenberg-Mitarbeiter Major Bernardis nahm Kontakt mit ihm auf und weihte ihn schließlich in die Verschwörung ein. Am 20. Juli 1944 war Wien für zehn Stunden in der Hand der Wehrmacht, die Naziführer waren verhaftet. Dann, da Stauffenbergs Bombe Hitler am Leben gelassen hatte, waren die Hoffnungen auf ein Ende des Krieges (was Millionen Menschen



Biographie als lebendiges Zeitzeugnis

das Leben erhalten hätte) zerstoßen. Szokoll entging durch einen Zufall der blutigen Rache des Diktators; als Mitverschwörer unerkant, wurde er sogar zum Major befördert.

In seinem Buch zieht er ein Resümee: „Es wäre nach Gelingen des Attentats trotzdem zum Bürgerkrieg gekommen, und ich wage keine Mutmaßung anzustellen, wie er ausgegangen wäre, denn zwei wesentliche Voraussetzungen fehlten zum Erfolg. Es fehlte der Rückhalt im Volk, und es fehlte die Anerkennung, ja selbst die Gesprächsbereitschaft der Alliierten sowohl im Westen als auch im Osten.“ Und nach der Niederlage hätte sich die Dolchstoßlegende wiederholen können.

Und noch eines ist Szokoll heute klar: Der 20. Juli 1944 war keine Verschwörung, in die die Wiedererhebung Österreichs eingeplant war.

Um Österreich ging es, als Hitlers „Nero-Befehl“ auch Wien beim Heranrücken der Roten Armee zur Festungsstadt erklären ließ und dieser anordnete, vor der völligen Eroberung der Stadt alle lebenswichtigen Ein-

richtungen zu zerstören. Szokoll beschwor seinen Vorgesetzten, die Wehrmachtsführung in Berlin, diesen Befehl widerrufen zu lassen. Als dies vergeblich blieb, entschloss er sich zum Handeln für seine Heimatstadt. In einer Einsatzbesprechung eröffnete er 15 Offizieren, denen er vertrauen konnte, seinen Plan für die „Aktion Radetzky“, durch die die Vernichtung Wiens verhindert werden sollte. In Ferdinand Käs fand er einen Mitstreiter, der sich in seinem Auftrag durch die Frontlinie nach Hochwolkersdorf durchschlug und die Russen überzeugen konnte, dass sie Wien im Westen umgehen und von der nur von schwachen deutschen Kräften verteidigten Wienerwaldseite angreifen sollten; gleichzeitig würde die Widerstandsbewegung, mit der Szokoll Kontakt aufgenommen hatte, in Wien losschlagen.

Der erste Teil des Plans gelang, die Wiener Aufstandspläne aber wurden verraten, drei Offiziere – Biedermann, Huth und Raschke – wurden in Floridsdorf öffentlich gehängt, auf Szokolls Verhaftung wurde ein Kopfgeld ausgeschrieben. Er tauchte unter, schlug sich selbst zum sowjetischen Hauptquartier durch, um dort mitzuteilen, dass das Aufstandsversprechen nicht gehalten werden konnte; der Vormarsch der Roten Armee mit Schwergewicht vom Westen her hat Wien dennoch die von Hitler befohlene Totalzerstörung erspart. Für Szokoll hatten die Tage des Wiedererstehens Österreichs noch ein unangenehmes Nachspiel: Von Stalins Geheimpolizei wurde er verdächtigt, amerikanischer Spion zu sein, eingesperrt, und dann den österreichischen Behörden unter dem Verdacht, er habe die provisorische Regierung Renner stürzen wollen, übergeben. Nach sechs Monaten wurde die Voruntersuchung eingestellt. Erst Jahrzehnte später wurde er als ein Opfer Josef Stalins rehabilitiert.

Manfred Scheuch

Carl Szokoll, Die Rettung Wiens 1945. 416 Seiten. Amalthea/Molden Verlag, Wien.

Wehrmachtsausstellung neu – Aufklärung, die notwendig ist

Am 9. April 2002 wird im Semper-Depot (Wien 6, Gumpendorfer Straße 9) die neu konzipierte und von Fotos und Dokumenten ungeklärter Herkunft gereinigte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskriegs 1941 bis 1944“ eröffnet.

Die erste Ausstellung wurde bekanntlich von 1995 bis 1999 in Deutschland und Österreich, auch in Wien, gezeigt und hat auch hier lebhaftige Diskussionen ausgelöst.

Nachdem eine Historikerkommission verschiedene Fehler und falsche Zuordnungen von Bildern festgestellt hatte, zog der Institutsleiter Jan Philipp Reemtsma die Konsequenzen und hat die Neukonzeption der Ausstellung, die nun auch mit moderneren Mitteln wie dem Einsatz elektronischer Medien läuft, in die Wege geleitet.

Im Vorfeld der Ausstellung, die Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny als erste Veranstaltung seines für mehrere Jahre konzipierten Dialogprojekts zu den Themen „Gewalt“, „Krieg“ und „Demokratie“ in Wien begrüßt, kam es im Wiener Gemeinderat zu einer kontroversiellen Debatte, als dort ein Antrag eingebracht wurde, in dem dafür

eingetreten wurde, die Ausstellung erneut auch in Wien zu zeigen.

In der Debatte wandte sich vor allem die FPÖ gegen diesen Antrag, aber auch die ÖVP äußerte sich sehr distanziert zur Ausstellung.

Als Vertreter der SPÖ unterstrich Gemeinderat Michael Ludwig die Bedeutung der Ausstellung für zeitgeschichtliche Aufklärung vor allem der Jugend und stellte auch klar, dass es den Gestaltern nie darum gegangen sei, alle Wehrmachtangehörigen pauschal zu verurteilen.

Im Unterschied zur SS, die vom Nürnberger Tribunal als verbrecherische Organisation verurteilt worden ist, sei dies bei der Wehrmacht nicht der Fall gewesen. So zeigte Ludwig an einem Beispiel, in welcher Weise gerade die neue Ausstellung differenziert.

In drei sowjetischen Städten sei vom Bataillonsführer drei untergebenen Kompanieführern der Befehl erteilt worden, die jüdische Bevölkerung zu vernichten.

Die drei haben völlig unterschiedlich reagiert. Der erste hat den Befehl sofort eins zu eins umgesetzt, der zweite hat die schriftliche Bestätigung der Anweisung verlangt und sie erst dann durchgeführt, der

dritte hat den Auftrag nicht erfüllt, ohne dass dies für ihn Konsequenzen gehabt hätte. „Dass Jugendliche sehen können, dass es in einer historischen Situation die Möglichkeit gibt, so zu entscheiden oder anders zu entscheiden, sich einem faschistischen, einem diktatorischen Regime zu beugen oder auch persönliche Courage zu zeigen und sich anders zu verhalten, das halte ich – auch was die Erziehung und die politische Bildung – angeht für einen wichtigen Schritt“, sagte Michael Ludwig.

Auch Landtagspräsident Gemeinderat Johann Hatzl ging auf dieses Thema ein. „Es ist für uns alle das Gebot der Stunde, wenn man sich die Weltgeschichte anschaut, wenn man sich bestimmte Strukturen von Kleinstgruppen rechtsnationaler Art, nicht nur in Österreich, sondern auch international anschaut, wenn man sich anschaut, was es an Menschenhatz und Menschenverfolgung gibt, dass man für jene Generationen, die nicht bewusst erlebt haben, was Faschismus bedeuten kann, welche Opfer er verlangt und welche Verbrechen und Greueltaten damit verbunden sind, rechtzeitig und umfassend dokumentieren soll.“

Hatzl wandte sich auch ge-

gen die Behauptung, eine ganze Generation in Deutschland und Österreich werde durch die Ausstellung diffamiert:

„Für einen österreichischen Patrioten kann es doch gar kein Problem geben, einzelne, manche, viele verschiedene Greueltaten einer fremden Wehrmacht, deren Führung noch dazu Österreich von der Landkarte ausgelöscht und Zigtausende Österreicher hingerichtet hat, ganz einfach zu dokumentieren, aufzuzeigen und Gespräche darüber zu führen.“

Wenn in Deutschland die Neonazis gegen diese Ausstellung demonstrierten, so „hätte ich, wenn ich ein Verantwortlicher der FPÖ wäre, ein Interesse daran, dass diese Ausstellung herkommt, weil ich doch mit den Neonazis in Deutschland nicht verbunden und vermischt werden möchte.“ Es wäre jedenfalls sinnvoll, darüber nachzudenken, „gerade für eine Partei, die immer wieder in den Verdacht kommt, dass man über diese Dinge nicht reden will, weil es vielleicht ein Stück ihrer eigenen Parteigeschichte sein kann, wogegen sie sich, möglicherweise mit Recht, wehrt“. Der Antrag wurde schließlich mehrheitlich – ohne die Stimmen der Freiheitlichen – angenommen. ■

Ärger mit Gassenamen

Die sozialdemokratische Fraktion in der Bezirksvertretung von Margareten wird nach einem Parteibeschluss die Überprüfung aller Straßennamen im 5. Wiener Gemeindebezirk beantragen.

Dies ist die Folge einer Diskussion, die um die Stauraczgasse entbrannt ist. Monsignore Franz Stauracz (*1855, †1918) war nämlich nicht nur Seelsorger und Autor einer Lueger-Biographie, sondern hat auch judenfeindliche Hetschriften verfasst. Antisemitismus,

egal ob in der Vergangenheit oder Gegenwart, ist aber unentschuldigbar. Die Stauraczgasse hatte seit 1888 Kompertgasse, benannt nach dem jüdischen Schriftsteller, Landesschulrat und Gemeinderat Leopold Kompert (*1822, †1881) geheißen. 1938 wurde sie in Höl-

derlingasse umbenannt. Aus purer Ahnungslosigkeit wählte man bei der neuerlichen Umbenennung 1949 Stauracz aus, der in der Kohlgaße 39 gewohnt hatte, wo auch eine Tafel an ihn erinnert. Kompert bekam dann 1955 wieder eine Gasse in Essling. ■

Das Norge Hjemmefrontmuseum

Die Festung Akershus im Zentrum der norwegischen Hauptstadt hat ihren Besuchern weit mehr zu bieten als nur alte Befestigungsanlagen. Neben dem Denkmal für norwegische Patrioten, die in der Festung zwischen 1940 und 1945 erschossen wurden, findet man das eben generalüberholte Museum der Norwegischen Widerstandsbewegung: das Norge Hjemmefrontmuseum.

Auf einem Rundgang von über 200 Meter Ausstellungsfläche erhält der Besucher eine gut gegliederte Übersicht zur heldenhaften Geschichte des Widerstandes der Norweger gegen die deutsche Besatzung.

Am 9. April 1940 begannen Einheiten der Wehrmacht mit der Besetzung des skandinavischen Landes, das zuvor ein Ultimatum der deutschen Reichsregierung abgelehnt hatte. Noch am selben Tag übernimmt in Oslo eine prodeutsche nationalsozialistische Marionettenregierung unter Vidkun Quisling die Staatsgeschäfte. Sein Name sollte später als ein Synonym für Kollaborateure überhaupt in die Geschichte eingehen: die so genannten Quislinge.

Breiten Raum im Museum findet der Kampf der norwegischen Armee gemeinsam mit alliierten Truppen aus Großbritannien, Frankreich und Polen im Norden Norwegens. Besonders hart gestalteten sich die Kämpfe um die so wichtige Hafenstadt Narvik. Bis 10. Juni 1940 leistete man der deutschen Übermacht verzweifelt Widerstand. Der tapfere Abwehrkampf ermöglichte es dem König und der Regierung ins britische Exil zu flüchten, um von dort aus ohne Unterbrechung den Kampf gegen das Deutsche



Kapitulation 1945: Die Besatzer ergeben sich dem norwegischen Widerstand

Reich weiterzuorganisieren.

Die Repressalien gegen sämtliche den Besatzern und ihren Verbündeten der „Nasjonal Samling“ nicht genehmen Personen setzen sofort ein. Der gesamte Verwaltungsapparat wird überprüft und unwillige Beamte bzw. aufrechte Demokraten werden gemeinsam mit der jüdischen Bevölkerung in das nahe bei Oslo gelegene Konzentrationslager Grini gebracht. Insgesamt kommen während des Gesamtzeitraumes der Besetzung Norwegens über 50.000 Menschen in Lager.

Das harte Durchgreifen von SS, SD und Gestapo kann den Widerstandswillen der Norweger nicht brechen, im Gegenteil: Noch im Sommer 1940 erscheinen bereits erste illegale Zeitungen. Im Herbst 1943 gibt es sechzig verschiedene Untergrundzeitungen, die von etwa 5.000 Patrioten produziert und verteilt werden – es finden sich im Museum Exemplare dieser vielfältigen illegalen Zeitungslandschaft. Von besonderem Mut ist der zivile Widerstand, so weigern sich beinahe sämtliche norwegischen Lehrer

1942, nationalsozialistisches Gedankengut an den Schulen zu unterrichten. Als Folge davon werden über 1.100 von ihnen verhaftet und in Lager überstellt. Nicht minder mutig ist die Mithilfe zur Flucht in das benachbarte neutrale Schweden. Es gelingt der Widerstandsbewegung, über 50.000 Norweger über die Grenze zu schmuggeln. Leider kann auf diese Art nur noch ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung gerettet werden. Beinahe die gesamte Gemeinde wird mit tausenden anderen Norwegern in deutsche oder polnische KZ überstellt und kehrt nach Kriegsende nicht mehr in die Heimat zurück.

Eine besondere Heldentat des norwegischen Widerstandes war in Kooperation mit alliierten Kommandoeinheiten die Zerstörung der Schwermwasseranlage auf Vermork. Die deutsche Rüstungsindustrie glaubte an die Unentbehrlichkeit des schweren Wassers für die Produktion von Atomwaffen und wollte deshalb diese Anlage in ihren Besitz bringen. Diesem Vorhaben des Dritten Reiches

wurde jedoch am 27. Februar 1943 durch eine Sprengung der Anlage ein jähes Ende bereitet.

Gegen Kriegsende wurden die Aktionen von zahlreichen Partisanenverbänden zu einer immer größeren Bedrohung für die rund 350.000 Mann starke deutsche Besatzungstruppe. Um ihnen und den im Norden heranrückenden sowjetischen Verbänden keine Operationsbasis zu bieten, zerstören die Deutschen im Herbst 1944 den gesamten Nordosten Norwegens. Die Region Finnmark wird auf Befehl Hitlers – „Mitleid mit der Zivilbevölkerung ist nicht am Platze“ – dem Erdboden gleichgemacht und die Bevölkerung zwangsumgesiedelt. Ein völlig sinnloser Versuch, die Kriegsentscheidung im Norden Europas noch zu wenden.

Am 8. Mai strecken auch in Norwegen die deutschen Truppen ihre Waffen und übergeben die Vollzugsgewalt im Land der Exilregierung, vertreten durch die gut organisierte Widerstandsbewegung. Das Museum zeigt auf sehr anschauliche Art und Weise diesen über fünf Jahre dauernden harten Kampf des norwegischen Volkes gegen die Besatzer und deren Helfershelfer. Mit Hilfe von Originaltonaufnahmen, Dioramen und dreidimensionalen Bildern wird dem Besucher ein lebendiges Andenken an diese so schwere Zeit vermittelt.

Führungen durch das Museum gibt es neben der Landessprache auch in Deutsch und Englisch. Ebenso stehen ein Museumskatalog und weiterführende Literatur in mehreren Sprachen zu Verfügung.

Norges Hjemmefrontmuseum, Bygning 21, Akershus, Oslo. Täglich geöffnet von 10 bis 16 Uhr.

Marcus Strohmeier

ZUM ABSCHIED

Alexander Blum

Am Weihnachtsabend 2001 starb im Alter von 96 Jahren Alexander Blum, langjähriger Obmann der Freiheitskämpfer in Wien-Margareten. Schon als junger Bursch trat er 1924 der Sozialdemokratischen Partei bei. Als gelernter Schneider war er viele Jahre arbeitslos, musste mit seiner Frau Antonie lange in Untermiete leben, blieb der Partei, für die er 1929 Sprengelleiter wurde, auch in der Illegalität treu.

Als Wehrmachtangehöriger wurde er von seinem rheinländischen „Spieß“ vor der Anzeige eines Stockerauer Unteroffiziers bewahrt. 1946 aus der Gefangenschaft zurückgekehrt, wurde er Arbeitsvermittler beim Arbeitsamt Bekleidung und dann auch Bezirksrat. „Du warst lange Untermieter bei Fremden“, sagte Minister a. D. Erwin Lanc an seiner Bahre in der Feuerhalle, „aber du wirst immer Hauptmieter in der Heimstätte der Margaretner Sozialdemokratie bleiben.“

Otto Redl

Am 1. Dezember 2001 starb in Schrems im 88. Lebensjahr Otto Redl, Träger des Ehrenzeichens um die Befreiung Österreichs und anderer Auszeichnungen. Als Arbeiter in der Glasfabrik Eugenia wurde er Sozialdemokrat.

Bis ins hohe Alter erzählte er von der herrlichen Zeit jener Jahre, in denen die Arbeiter den Aufbruch ihrer Bewegung erlebten. Das war mit dem 12. Februar 1934 mit einem Schlag vorbei. Otto Redl war unter den dreißig Sozialdemokraten, die in Schrems verhaftet und in Prozessen beim Kreisgericht Krems zu Kerkerstrafen verurteilt wurden. Redl bekleidete neben anderen Funktionen die des Bezirksobmanns der Freiheitskämpfer.

Stefan Billes' Vermächtnis: Widerstand ohne Hass

Am 27. Jänner 2002 ist der Ehrenvorsitzende des Landes Burgenland der Freiheitskämpfer, Professor Stefan Billes, im 93. Lebensjahr von uns gegangen. Geboren am 11. Dezember 1909 in Kleinhöflein als Sohn eines Landarbeiters, wurde er Bauarbeiter, trat 1925 der Sozialdemokratischen Partei bei, war viele Jahre arbeitslos, wurde 1934 gemäßregelt und in Wöllersdorf inhaftiert und war 1938 der erste Burgenländer, der im ersten Transport von Österreichern in das KZ Dachau gebracht wurde.

Insgesamt machte er eine Haftzeit von mehr als zehn Monaten durch, was ihn nicht hinderte, nach der Rückkehr in seine Heimat, nun als Baukaufmann tätig, die illegalen Verbindungen zu seinen Genossen aufrechtzuerhalten. Nach Kriegsende stand Billes sofort der Partei

zur Verfügung und beteiligte sich als Landesparteisekretär der SPÖ Burgenland maßgeblich am Aufbau der sozialistischen Organisationen. 1948 Landessekretär des ÖGB, wurde er im Jahr 1949 zum Landtagsabgeordneten gewählt. 1956 zum Landesrat bestellt, übte Billes diese Funktion zehn Jahre lang aus. Dann wurde er Landesobmann des Pensionistenverbandes.

Als Vorsitzender der burgenländischen Freiheitskämpfer, später Ehrenvorsitzender, war er bis ins hohe Alter als Zeitzeuge um die Aufklärung der Jugend über die Verfolgungen durch den österreichischen und dann den deutschen Faschismus bemüht. Ebenso setzte er sich für das Gedenken an die Opfer des Faschismus durch Gedenktafeln ein. Billes wurde mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Republik und zahlrei-

chen anderen Auszeichnungen sowie im Jahr 1999 mit dem Berufstitel Professor geehrt.

Die Vorsitzende der burgenländischen Freiheitskämpfer Gerti Spiess sagte bei der Grablegung des verdienten Genossen auf dem Eisenstädter Stadtfriedhof unter anderem Folgendes: „Deine Lebenserfahrungen in der dunkelsten Zeit der 80-jährigen Geschichte unseres Heimatlandes haben dich zu einem unerschütterlichen und unbeirrbar kämpfer für die Werte der Demokratie, gegen die unsinnige Ideologie des Rassenwahns, gegen Intoleranz und Hass werden lassen.“

Trotz des erfahrenen Unrechts und Leides haben nie Rachegefühle, Hass oder Vergeltung deine politische Arbeit geprägt. Für diese menschliche Größe gilt dir unser besonderer Dank.“



Photo: Prof. Dr. G. Spiess

Wir gratulieren:

Zum 100. Geburtstag: Josef Kleinschuster, Kapfenberg; Karl Sellner, Karl Mach, Wien. **97. Geburtstag:** Johann Ponath, Mannersdorf. **96. Geburtstag:** Franz Reitlinger, Helene Steiner, Leopold Nezhyba, Wien. **95. Geburtstag:** Fritz Mayer, Klagenfurt. **94. Geburtstag:** Hilde Bork, Wien. **93. Geburtstag:** Antonia Schauerl, Graz. **92. Geburtstag:** Frieda Buchacher, Linz; Maria Koch, Franziska Planer, Salzburg; Otto Binder, Paula Böhm, Paula Ihm, Johanna Koblizka, Olga Reisinger, Robert Rödl, Dr. August Weitzmann, Wien. **91. Geburtstag:** Viktor Gombocz, Graz; Marie Gruber, Emma Romstorfer, Robert Schafranek, Wien. **90. Geburtstag:** Finji Beywinkler, Guntramsdorf; Hilde Griebichler, Klagenfurt; Theresia Marksz, Mariapfarr; Rudolf Blochberger, Berta Frank, Hella Hanzlik, Rosa Schmidt, Wilhelm Wagner, Fritz Wendler, Anni Werner, Wien. **85. Geburtstag:** Otto Libal, Linz; Rosina Grabler, Wilhelm Schleiss, Salzburg; Kaspar Plohovits, Steinbrunn; Margarete Skritek, Irmgard Stippl, Wien. **80. Geburtstag:** Walter Fischer, Baden; Johann Malle, Ferlach; Josef Loidl, Graz; Robert Ott, Kirchstetten; Margarethe Gruber, Salzburg; Franz Deimel, Schrems; Helene Gratzl, Sollenau; Richard Zöchmeister, St. Pölten; Franz Eidler, Wiener Neustadt; Ing. Eduard Bruckner, Ing. Siegfried Gruber, Hilde Hirtenstein, Hilde Idinger, Herta Kleedorfer, Hermine Krell, Rudolf Neumann, Ing. Johann Ploderer, Salomon Schlifke, Franz Schürer, Maria Schweidler, Wien. **75. Geburtstag:** Hilda Daxböck, Annaberger, Ernst Unger, Korneuburg; Therese Breinesmünster; Hannes Kaindeleinsberg, Linz; Alfred Heindler, Niklasdorf; Lieselotte Zeller, Rainbach; BM a. D. Herbert Moritz, Salzburg; Erika Capra, Josef Fücsök, Hilde Heeger, Kurt Leweda, Gertraud Marchfeld, Leopold Schabetsberger, Dr. Walter Sedlak, Albin Slabina, Theresia Trost, Alfred Valentin, Otto Weisz, Kurt Zelinsky, Wien.

Zwangsarbeiterleben in Linz

In den Linzer Kammerspielen erlebte jüngst ein Stück seine Uraufführung, das sich mit dem Schicksal der Zwangsarbeiter in der „Ostmark“ befasst. Es trägt den Titel „An wen soll ich schreiben? An Gott?“ und wurde von dem derzeit in Innsbruck tätigen Linzer Psychologen Karl Fallend verfasst.

Der Text basiert auf authentischen Aussagen von ehemaligen Zwangsarbeitern in den Linzer „Hermann-Göring-Werken“. Fallend war Mitglied einer Historikerkommission gewesen, die im Auftrag der VOEST-Alpine die Situation und die Schicksale der Zwangsarbeiter in der NS-Zeit in Linz aufarbeitete. Im Auftrag des Landestheaters adaptierte Fallend das Material aus unzähligen Interviews.

Der Inhalt des Stücks: Fünf Protagonisten – zwei Frauen und drei Männer – berichten über ihre traumatischen und noch heute betroffen machenden Erlebnisse, aber auch über ihre Versuche, dem Zwang und Druck der Situation wenigstens für Stunden zu entgehen, womit die Stadt Linz mit ihrem damaligen bescheidenen Angebot der Ablenkung und des „Vergnügens“ – bis hin zu den eigens für Ausländer eingerichteten Bordellen – zum „Paradies“ für die in die Rüstungsmaschinerie eingepferchten Zwangsarbeiter wurde.

Der Bühnen- und Regieverantwortliche Nikolaus Büchel hat mit der Aufführung erreicht, was er sich mit dem Auftrag an Fallend zum Ziel gesetzt hatte: Theater zu einer Art „kollektiven Erinnerungsanstalt“ zu machen. ■

Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Kärnten

Bei der kürzlich abgehaltenen Konferenz des Landesverbandes wurde LT-Präs. a. D. Hans Pawlik als Vorsitzender bestätigt. Zum ersten Stellvertreter und geschäftsführenden Vorsitzenden wurde Prof. Vinzenz Jobst gewählt. Vinzenz Jobst wird das von Hans Pawlik begonnene Projekt zur Errichtung der Gedenkstätte „Kärnten-Koroska“ weiterführen.

Hauptredner bei dieser Zusammenkunft war LABg. Dr. Peter Kaiser. Er brachte in seiner Rede zum Ausdruck, dass es mehr denn je erforderlich sei, sich der Mahnungen jener zu erinnern, die für demokratische Werte gekämpft haben.

Im Rahmen dieser Konferenz wurden H. Pawlik, A. Blatnik, F. Bogataj, M. Edletzberger, F. Frieh, E. Glanzer, H. Griebichler, A. Kupper, M. Kutschek,



Ehrenzeichen für Hans Pawlik

J. Malle, V. Molitschnig, O. Müller und E. Sabotnig für ihre verdienstvolle Mitarbeit und die langjährige Zugehörigkeit zu unserem Bund ausgezeichnet. Bundessekretärin E. Krisch überbrachte die Grüße des Bundesvorstands. ■

Das war Oskar Sternglas



Arbeiterbildner Sternglas (Mitte) im Kreis von Ottakringer Arbeiterinnen und Arbeitern

Am 31. März 1942 wurde der aus dem KZ Buchenwald zusammen mit einigen hundert anderen jüdischen Häftlingen in die Euthanasieanstalt Bernburg/Saale überstellte 59-jährige Oskar Sternglas mit Giftgas ermordet. Mit ihm starb ein Mann, der im letzten Jahrzehnt der Monarchie und in der Ersten Republik als sozialdemokratischer Bildungsfunktionär und Bibliothekar permanent um Aufklärung und Bildung der Ottakringer Arbeiterbevölkerung bemüht war.

Die Familie Sternglas war nach der Ermordung von Oskars Vater während eines Pogroms in der galizischen Stadt Tarnopol nach Wien geflüchtet. Oskar Sternglas absolvierte eine Buchhändlerlehre und wurde in der sozialdemokratischen Wiener Volksbuchhandlung angestellt. Bereits in jungen Jahren war er in sozialdemokratischen Bildungsorganisationen aktiv. Sein besonderes Augenmerk galt der Entfaltung der Arbeiterbüchereien. Schon 1912 wurde die Zentralbibliothek der Arbeiterorganisationen des Bezirks Ottakring eröffnet. Nach dem Tod des Nationalratsabgeordneten

und Sozialpolitikers Karl Volkert folgte Sternfeld diesem 1929 als Obmanns der SDAP-„Unterrichtsorganisation“ in Ottakring. In dieses Jahr fällt auch die Eröffnung der vierten Arbeiterbücherei in Ottakring.

Der Austrofaschismus setzte der sozialdemokratischen Bildungsarbeit ein Ende, Sternglas wurde arbeitslos und versuchte sich als selbständiger Buchhändler. Nach dem „Anschluss“ wurde die Familie Sternglas – auch Oskars nichtjüdische Frau Therese geb. Dolezahl war sozialdemokratische Bildungsfunktionärin gewesen – aus ihrer Gemeindeführung vertrieben, am 4. Juni 1938 wurde er als „Kommunist“ verhaftet und am 25. September ins KZ Buchenwald deportiert, wo er mit Heinrich Steinitz, Gründungsmitglied der Vereinigung sozialistischer Schriftsteller, die Baracke teilte. Sein Leidensweg endete schließlich im Gas von Bernburg. Seiner Frau wurde die Aschurne mit der Mitteilung übersandt, er sei an „Herzinsuffizienz“ gestorben. Es gelang ihr mit Hilfe des Pfarrers von Kahlenbergerdorf, die Urne auf dem dortigen Friedhof beizusetzen. ■



Wiener Exkursionen

Die Wiener SPÖ-Bildung hat einen Katalog über die im Frühjahr 2000 stattfindenden Rundfahrten, Exkursionen und Führungen herausgebracht, in dem neben Umwelt-, Kunst- und Integrationsprojekten auch einige für unsere Mitglieder interessante Termine angeboten werden.

So gibt es am 21. April 2002 um 10.00 Uhr eine Führung über den Judenplatz, mit dem von Rachel Whiteread gestalteten Holocaust-Denkmal samt Besichtigung des Miserachi-Hauses und den Schauräumen zu den Ausgrabungen aus der Zeit des mittelalterlichen Judentums in Wien. Am 26. Mai 2002 findet eine Fahrt in das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen statt, wo die Stätte des Schreckens aus der NS-Zeit und die Denkmäler der verschiedenen Nationen und politischen Gruppen sowie zwei Ausstellungen besucht werden. Das Exkursionsprogramm kann bei der Wiener SPÖ-Bildung, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27 385, bestellt werden. ■

In memoriam Dr. Martha Fischer



Foto: E. Pichler

Im vergangenen Jahr ist Frau Dr. Martha Fischer im 94. Lebensjahr verstorben. Sie hat eine bemerkenswerte und mit dem Schicksal der sozialdemokratischen Bewegung eng verbundene Biographie.

Am 12. Februar 1908 wurde sie im Favoritener Arbeiterheim geboren. Sie erzählte oft, wie sie in der Wohnung ihres Vaters, Anton Hölzel, der zu den Pionieren der Sozialdemokratie gehörte, als Kind die Zusammenkünfte mit den großen Persönlichkeiten der Gründergeneration Victor Adler, Karl Renner, Albert Sever und Karl Seitz erlebte. Diese Kindheit prägte auch ihr späteres Leben.

Ihr Vater wurde Abgeordneter und Kämpfer für die sozialen Rechte der Opfer des Ersten Weltkrieges und Vorsitzender des traditionsreichen Arbeiter-Abstinenten-Bundes.

Martha Fischer stieß zunächst zu den Sozialistischen Mittelschülern, später zu den Sozialistischen Studenten, sie studierte Psychologie und Kunstgeschichte und hat mit Paul Felix Lazarsfeld und Maria Jahoda engen wissenschaftlichen Kontakt gepflogen. Das Umfeld der klassischen Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ hat sie mitdenkend und im Entstehen erlebt. Dieses soziale Engagement wurde jäh unterbrochen durch den Putsch der Austrofaschisten, die ihren Vater verhafteten und in das Anhaltelager Wöllersdorf brachten. Ein schweres Schicksal stand ihr noch bevor, als die Nazis in Österreich die Macht ergriffen und ihren Mann aufgrund seiner jüdischen Abstammung enteignet und aus Österreich vertrieben. Ihre großen Ideale, wie sozialen Aufstieg und Bildung für alle arbeitenden Menschen, konnte sie nun nicht mehr verwirklichen. Die furchtbaren Jahre

des Naziterrors und des Krieges haben sie schwer getroffen. Nach dem Jahre 1945 war sie glücklich, wieder am Aufbau der Zweiten Republik und der sozialdemokratischen Kulturbewegung im sozialistischen Arbeiter-Abstinenten-Bund, gemeinsam mit Johann Neubauer und Leo Deutsch, teilnehmen zu können. Sie war ihr Leben lang eine intellektuelle und stets optimistische Persönlichkeit, die vor allem in den jungen Menschen die Chance für die Zukunft sah. Lebenslange Freundschaften aus der sozialistischen Jugendbewegung wie die zu Minna Lachs, Bruno Kreisky und Paul Felix Lazarsfeld haben ihr Leben bereichert.

Das literarische Denkmal der Welt ihres Vaters, welches ihr Sohn, der Schriftsteller Wolfgang Georg Fischer, in seinem Roman „Wohnungen“ mit der Beschreibung des „Neuen Stern“ gesetzt hat, betrachtete sie mit Mutterstolz. Bei der Beisetzung verabschiedete sich Ernst Nedwed von Dr. Martha Fischer namens der sozialdemokratischen Kulturbewegung, der sie Zeit ihres Lebens treu verbunden geblieben war. ■



Foto: W. Wiggner

Unser Vorstandsmitglied, Prof. R. Gelbard, wurde von der Israelitischen Kultusgemeinde mit dem Goldenen Ehrenzeichen der IKG ausgezeichnet

Kriegserklärung

Am 28. Dezember 2001 schrieb Ernst Trost in der „Kronenzeitung“: „[...] Und nach Pearl Harbor, nachdem die USA auch Deutschland den Krieg erklärt hatten [...]“ – Da ist dem Artikelschreiber ein schwerer Lapsus unterlaufen.

Es waren Hitler und Mussolini, die den USA am 11. 12. 1941 den Krieg erklärten. Und auch im Fernen Osten waren die USA nicht die Angreifer, sondern Japan überfiel ohne Kriegserklärung die US-Flottenbasis von Pearl Harbor auf Hawaii. Was Hitler zu seiner Kriegserklärung ge-

trieben hat, wird unterschiedlich interpretiert. Vielleicht war es die Hoffnung, die Japaner würden auch die Sowjetunion angreifen – was dann aber nicht geschah. Der Vorsitzende unserer NÖ-Landesorganisation Karl Gruber hat „Krone“-Herausgeber Dichand im Jänner in einem Leserbrief auf Trosts Fehlinformation aufmerksam gemacht, doch diese Zuschrift wurde nicht gedruckt. Offenbar haben sich auch andere Leser über den Irrtum beschwert; aber erst am 2. März erschien ein ähnlich lautender Leserbrief aus Horn. ■

Europäischer Haftbefehl: Erwartungen und Probleme

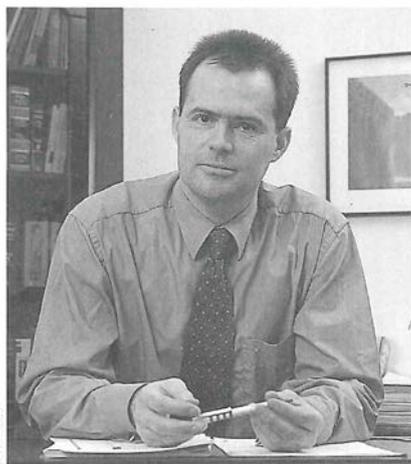


Foto: Dimak

Jarolim: Chance für Auslieferung von Neonazis

Spanien ist ein schönes Land. Das finden nicht nur alle Urlaubsreisenden, sondern auch Personen, die Sangria trinkend den Holocaust leugnen und davor sicher sein können, in Österreich dafür verantwortlich gemacht zu werden.

Die Auslieferung eines im Ausland tätigen Brechers des österreichischen Rechts war bis dato unbefriedigend gelöst, denn die Auslieferungsabkommen sind bilaterales Recht. Das bedeutet, dass der österreichische Staat mit jedem Land der Welt einen Vertrag schließen muss, um Straftäter über die Grenzen hinaus verfolgen zu können. Im Falle Spaniens ist dies nicht geglückt, da in Spanien das Leugnen des Holocausts nicht strafbar ist. Die Tat von Walter Ochsenberger, der Österreich mit widerwärtigen Artikeln zu dem Thema über-

schwemmt hat, hat hier also keine Auswirkungen – in Österreich käme er dafür vor Gericht. (Walter Ochsenberger wurde übrigens, nach Österreich zurückgekehrt, jüngst neuerlich nach dem NS-Verbotsgesetz zu 24 Monaten Haft, acht davon unbedingt, verurteilt).

Ebenso werden zahlreiche Websites mit solchem strafrechtlich relevantem Inhalt von Spanien aus gesteuert, jedoch sind nur Betreiber mit Sitz in Österreich auch tatsächlich dem österreichischen Recht unterworfen. Bloß: Die Website ist problemlos an jedem Punkt der Erde abrufbar. Ist mit einzelnen Ländern eine Auslieferung doch möglich, so ist dies verwaltungs- und zeitaufwendig und kann geschickt verzögert werden.

Infolge der Ereignisse vom 11. September 2001 hat sich die EU entschlossen, im Sinne der Terrorbekämpfung die Auslieferung zwischen ihren Mitgliedern zu vereinfachen. Innerhalb der EU-Grenzen soll es nun mittels europäischem Haftbefehl möglich werden, jede im Haftbefehl genannte Person, egal ob vor oder nach der Verurteilung durch ein Strafgericht, ohne Aufwand an das ansuchende Gericht zu überstellen. Zu diesem Zweck soll – nach derzeitigem Stand – von der bisherigen Bedingung der

beiderseitigen Strafbarkeit, die wie z. B. im Fall des Verbotsgesetzes die Verfolgung unmöglich machte, abgegangen werden. Ebenso von der Nichtauslieferung eigener Staatsbürger an das Ausland. Die Abschaffung dieses Grundsatzes, bisher Teil des nationalen Selbstverständnisses vieler Staaten, ist ein weiterer Schritt in der geplanten Vereinheitlichung des Raumes und des Strafrechts der Union.

So begrüßenswert diese neue rasche Methode für eben jene Fälle wie den des Walter Ochsenberger ist, hat die SPÖ doch Mindeststandards, die für den europäischen Haftbefehl Voraussetzung im Sinne der Menschenrechte sein müssen, aufgelistet. So muss jede Maßnahme der Terrorbekämpfung in vollständiger Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Genfer Konvention und den Rechten der Angeklagten stehen.

Es muss auch der zeitliche Rahmen zwischen Begehung der Tat und Auslieferung gewahrt bleiben, so dass nicht bereits verjährte Straftaten wieder aufgerollt werden dürfen. Dies vor allem mit dem Ziel, den europäischen Haftbefehl nicht zu einem Instrument der Verfolgung politisch missliebiger Personen werden zu lassen; die Idee, Oppositionspolitiker gerichtlich zu belangen, fand ja bereits Bundesminister Böhmendorfer verfolgungswert.

Schon angesichts dieser krausen und des Justizministers

eines entwickelten Rechtsstaates unwürdigen Vorstellung muss auch sichergestellt werden, dass die Auslieferung nicht zu einem Instrument der Polizei werden kann, sondern fest in der Hand unabhängiger Richter verbleibt.

Ebenso zu klären sind außerdem die Fragen der Opferrechte, der Vermeidung der Doppelstrafung und eines Entschädigungsrechtes für jene Personen, die schuldlos ausgeliefert werden.

Gewarnt wird von Menschenrechtsexperten auch davor, dass eine Ausweisungskette entstehen könnte, die den Ausgelieferten über mehrere Etappen in ein Land bringt, das nicht den Standards der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet ist und zum Beispiel die Todesstrafe praktiziert.

Das neue Instrument des europäischen Haftbefehls kann sich aus heutiger Sicht somit als zweischneidiges Schwert erweisen. Wie immer kommt es auf die Qualität der Ausübung durch die Verantwortlichen an. Die Diskussion zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses – die Endfassung soll nach Vorbehalten einiger Mitgliedsstaaten im Mai dieses Jahres erfolgen – im österreichischen Recht darf jedenfalls mit Spannung erwartet werden.

Angesichts des Rechtsstaatsverständnisses dieser Regierung und insbesondere dieses Justizministers mischt sich aber auch ein gutes Stück Sorge in diese Erwartung.

Hannes Jarolim

Mahnmal in Salzburg

Die Realisierung des Mahnmals für die Opfer des Nationalsozialismus in Salzburg rückt näher. An dem Wettbewerb für dieses Denkmal, das im Bereich des Haines am Bahnhofplatz errichtet werden soll, hatten sich 360 Künstler und Künstlerinnen aus 20 Ländern beteiligt. Eine Jury wählte fünf Projekte, die für die endgültige Realisierung in Betracht kommen, aus: Sie stammen von Waltraud Cooper, Bernd Haslauer, Stefanie Unruh, Heimo Zobernig und dem Team Julius Deutschbauer/Gerhard Spring. Kürzlich präsentierten diese Künstler auf Einladung von Bürgermeister Heinz Schaden ihre Entwürfe. Der Ausschreibung gemäß setzten sich die eingereichten Arbeiten in jedem Fall mit zwei Aspekten auseinander: Bekennen und Trauer darüber, dass diese NS-Verbrechen in Salzburg geschehen sind, und gleichzeitig die Verpflichtung zum „Nie wieder“. Bis April sollen die Entwürfe umsetzungsreif ausgearbeitet werden, so dass nach der endgültigen Entscheidung der Jury noch heuer mit der Realisierung begonnen werden kann. Der Gemeinderat hatte im Dezember 1999 die Errichtung mit einem Grundsatzbeschluss fixiert. ■

Tschechen und Deutsche 1918–1945

Bildungsmitarbeiter der SPÖ, Mitglieder des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sowie betroffene Sudetendeutsche diskutierten mit Historikern und Politikern zum Thema „Die Beneš-Dekrete und ihre Vorgeschichte“, ein zur Zeit von den Medien unserer Republik und im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung aktualisiertes Thema.

Der Saal des Karl-Czernetz-Bildungszentrums war zum Bersten voll. ■



Auf dem Podium von links nach rechts: Dr. Manfred Scheuch, GR Dr. Michael Ludwig, Albrecht K. Konecny und DI Jan Sechter (Prag)

Zeitzeuge Wilhelm Gugig

Am 21. Dezember 2001 erlag Wilhelm Gugig auf dem Weg nach Mauthausen zur Weihnachtsfeier mit seinen Freunden und Mitarbeitern der Gedenkstätte Mauthausen einem Herzinfarkt. 1921 in Ottakring geboren, entstammte er einer jüdischen Wiener Familie. Mit seinen Angehörigen wurde er am 9. September 1939 verhaftet und zusammen mit 1.100 Schicksalsgefährten in das Wiener Stadion gebracht. Dort wurde er mit seinem Vater von Mutter und Schwester getrennt. Am Zaun

des Stadions sah er diese zum letzten Mal; nach Kriegsende erfuhr er, dass sie in Kowno ermordet worden sind. Mit seinem Vater wurde er ins Konzentrationslager Buchenwald und schließlich nach Auschwitz deportiert; dort starb der Vater im Gas. In den Lagern haben kommunistische Häftlinge durch ihre Hilfe überlebt; deshalb trat er nach der Rückkehr nach Wien der Kommunistischen Partei bei, wurde Betriebsratsobmann im Globus-Verlag, trennte sich jedoch von der

Partei nach dem Einmarsch der Sowjetarmee in die Tschechoslowakei. Seit den siebziger Jahren war Wilhelm Gugig unermüdlich als Zeitzeuge tätig, um die Jugend vor den Gefahren des Rassenwahns und Totalitarismus zu warnen.

Er war auch an der Gründung von „Mauthausen aktiv“ beteiligt. Der Vorsitzende dieser Institution, Will Mernyi, gedachte bei einer Gedenkfeier im jüdischen Gemeindezentrum: „Er berichtete laut und unüberhörbar von den Verbrechen, deren Zeuge und Opfer er geworden ist.“ ■

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. März 2002. Nächstes Heft: Mai/Juni 2002.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freihheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus.

FRAU
GERLINDE SCHWANTNER

DARINGERG. 14/25, 6
1190 WIEN